

Wäre das Unmögliche möglich, so daß der Florentiner Niccolò Machiavelli das Jahr 1927 um 440 Jahre überlebt hätte, so wäre er sicherlich verblüfft, wie jene formierte Teufelsanbeter, die heute in Bonn am Rhein das Staatserbe umklammern, wesentliche Empfehlungen, die er einst in seinem Hauptwerk „Der Fürst“ den verkommenen Renaissancefürsten gab, praktiziert und mit gezinkten Karten um höchste Beträge spielt.

Am 13. Dezember 1966 trat der neue erste Mann der Monopole - jedoch ein alter Kämpfer aus der Schar des Arturo Ui - vor den Bundestag, um in seiner Regierungserklärung kundzutun und wissen zu lassen, mit welchen Varianten er und seine Regierung die Ziele ihrer Auftraggeber zu erfüllen gedenken. Glatte Worte, schöne Worte, Worte, die manches ungeschulte Ohr aufhorchen ließen, kamen aus dem Munde des Kurt Georg Kiesinger. Der Wille zum Frieden und zur Verständigung sei das erste Wort und das Grundanliegen der Außenpolitik der neuen Regierung.

Zwar diese jede Außenpolitik unmittelbar den Interessen des eigenen Volkes, aber in einer Welt in welcher die Schicksale der Völker so eng miteinander verknüpft seien, dürfe sich niemand der Mitverantwortung für diese Welt und für den Frieden in dieser Welt entziehen. Die Bundesregierung wolle das gegenseitige Verständnis und das Vertrauen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten herstellen und fördern. Unter Umständen sollen auch diplomatische Beziehungen zu diesen Staaten aufgenommen werden. Auch mit der Sowjetunion möchte man in guter und freundschaftlicher Nachbarschaft leben. Man muß dem Kurt Georg Kiesinger bescheinigen, daß er seine Lektion aus „Der Fürst“ gut gelernt hat; denn dort heißt es: „Ich halte es für einen der größten Beweise menschlicher Klugheit, sich in seinen Worten jeder Drohung und Beleidigung zu enthalten.“

Dank sei den Vereinigten Staaten von Amerika. Sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft sei das Bündnis mit der atlantischen Macht lebenswichtig. Auch in ihrem Interesse liege die wirtschaftliche und politische Einigung Europas; denn die europäischen Völker könnten einen viel stärkeren Beitrag für den Frieden in der Welt und die Wohlfahrt der Völker leisten, wenn sie ihre Kräfte miteinander verbinden. Die Bundesrepublik sei bereit, ihren Beitrag für die Vereinigung Europas zu leisten, und strebe auch keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen und keinen nationalen Besitz an solchen Waffen an.

Ein zweites Lob für den Kurt Georg Kiesinger; denn es lautet bei Machiavelli: „Es ist töricht und unvorsichtig, etwas zu verlangen und dabei vorher zu sagen: Ich habe Böses damit vor. Man darf nie seine Absicht zeigen, sondern muß zunächst mit allen seinen Mitteln seinen Wunsch zu erreichen suchen. Es genügt, jemandem die Waffen abzuverlangen, man braucht ihm nicht dazu zu sagen, daß man ihn damit umbringen will.“

Bedauerlicherweise scheint der Franz-Josef Strauß die Töne des Machiavellismus noch nicht mit vollkommener Harmonie geigen zu können. Er, dem der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Maier (FDP), auf keinen Fall ein Feldgeschütz anvertrauen wollte, da er damit auch schießen würde, wollte der Welt seine staatsmännliche Weisheit beweisen. Als besagter Franz-Josef seinem verlorenen Ministerposten nachtrauerte und neue Ränke spinn, hat er offenbar die Zeit genutzt, um mit einer „eigenen“ Konzeption gewissen Herren zu zeigen, daß er doch ein kluger Kerl sei. Was herauskam, nennt sich „Entwurf für Europa“ und ist bereits 1966 in der 2. Auflage im Soewald-Verlag erschienen. (Übrigens ist das ein Verlag, der stolz darauf ist, unter seinen Autoren den Adenauer-Intimus Rüdiger Altman, den verstorbenen sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Fritz Erler, den SS-Verteidiger Hans Latenser und den berichtigten William S. Schlamm zu nennen.)

Strauß befindet sich also in bester Gesellschaft.)

Bereits der erste Abschnitt seines Buches, überschrieben „Eine Initiative für Europa“, beinhaltet das Credo des deutschen Imperialismus. Strauß beginnt mit einer Bestandsaufnahme. Die Wiedervereinigung Deutschlands sei in weite Ferne gerückt, die Einigung Europas ins Stocken geraten, und die nordatlantische Allianz stecke in einer Krise. Er sieht mit Widerwillen einerseits, daß die Bundesrepublik zu schwach ist, ohne Hilfe ihrer Bundesgenossen und gegen die Geschlossenheit des sozialistischen Lagers die DDR zu schlucken, und andererseits - und das gibt er mit brutaler Offenheit zu - daß die NATO-Bundesgenossen gegen jede Wiedervereinigungspolitik sind, die zur Stärkung des deutschen Imperialismus führt. Zwar koge es mit jener Raubritterscher, die alles vergessen und nichts dazugelernt hat, lieber heute als morgen durch das Brandenburger Tor, aber die stells Wind des Warschauer Paktes und des 13. August ist für ihn und seine Steigbügelhalter eben doch nicht zu erklimmen. Er glaubt in seiner Hinterhältigkeit und Primitivität, daß der Letztz des Machiavelli, „Ein Machthaber, der Großes erreichen will, muß lernen, andere zu hintergeben“, aus dem Dilemma herauszuheilen könnte, wenn er richtig angewandt wird. Diejenigen, die von ihm hintergangen werden sollen, sind sowohl die westlichen europäischen Bundesgenossen, die USA und die Volksdemokratien sowie die Sowjetunion.

Die „Auflockerung Europas“ des Franz-Josef Strauß findet nicht statt

Eine Betrachtung von Edith Fisch und Günter Katsch, Leipzig



Die deutschen Imperialisten sind aggressiv und beuteln wie eh und je. 1914, 1939 und auch in unseren Tagen ist ihr Ziel, die geschichtlichen Ergebnisse rückgängig zu machen. Ihr Mittel: Der Aggressionskrieg. An der DDR scheitern die Revancheträume. Foto: ADN, Montage: Griebel

Der vermeintliche Ausweg heißt: „Auflockerung Europas“. Mit Hilfe der NATO-Partner der Bundesrepublik soll der Status quo nicht nur in Deutschland, sondern in Europa verändert werden. Außerdem fürchtet Strauß, daß die USA eines Tages nicht mehr die Kraft haben, sich allen Friedensvorschlügen der UdSSR zu widersetzen. Sein Ziel sind deshalb die „Vereinigten Staaten von Europa“, in denen der deutsche Imperialismus als primus inter pares die Politik bestimmt. Dabei zieht er das ganze Register berüchtigter Erpressermethoden gegenüber dem eigenen Volk und gegenüber den Verbündeten. Gelänge es nicht, droht der Franz-Josef, die Vereinigten Staaten von Europa aus der Taufe zu heben, so würden die Deutschen als schöpferische Kräfte aus der Weltgeschichte ausscheiden, und ganz Europa werde unter den Einfluß der „eurasischen Sowjetunion“ geraten. Mittels einer flexiblen Ostpolitik sollen die DDR und die Volksdemokratien zum Sturm reif gemacht werden. Dieses Expansionsprogramm ist zur Linie der Regierung Kiesinger erhoben worden. Wenn gutgläubige westdeutsche Sozialdemokraten immer noch nicht fassen können, daß der starke Mann in der Kiesinger-Regierung Strauß heißt, so sollen sie sich der Mühe unterziehen und den außenpolitischen Teil der Regierungserklärung mit jenem Werk des Franz-Josef Strauß vergleichen. Kiesinger sagt verbindliche Worte, aber Strauß erklärt, was damit gemeint ist. Sehen wir beiden in die Karten.

Kiesinger: „Freilich muß sich jedes europäische Land, das dazu entschlossen ist, eingestehen, daß seine eigenen Kräfte begrenzt sind und daß die europäischen Völker einen viel stärkeren Beitrag für den Frieden in der Welt und die Wohlfahrt der Völker leisten können, wenn sie ihre Kräfte miteinander verbinden.“ (Dokumentation der Zeit, Nr. 373, S. 23).

Strauß: „Ein einzelner europäischer Staat kann heute nicht mehr wirklichen Einfluß auf das globale Geschehen nehmen. Nur ein bundesstaatliches „Europa der Völker“ wäre überhaupt in der Lage, die Interessen der europäischen Nationen gegenüber den Weltmächten kontinentaler Größenordnung (gemeint sind die UdSSR und die USA) wirkungsvoll zur Geltung zu bringen.“ (Franz-Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 9).

Der erste Schritt auf dem Wege zu den Vereinigten Staaten von Europa ist die Einigung mit Frankreich.

Kiesinger: „Die entscheidende Rolle für die Zukunft Europas fällt der Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses zu.“ (a. a. O., S. 23)

Strauß: „Wir müssen ... schleunigst das Tor aufstoßen, das zur deutsch-französischen politischen Identität führt.“ (a. a. O., S. 12)

Bevor die Hitlertruppen in die UdSSR einfielen, hatte sich der deutsche Imperialismus das wirtschaftliche und militärische Potential eines großen Teiles von Europa gesichert. Strauß, der Vertrauensmann der Abs. Krupp, Flick und der IG-Farben, will auf die feine Art mit Glacé-Handschuhen das gleiche erreichen. Er hat schon berechnet, wie hoch die Truppenstärke ist, mit der die Bonner Strategen rechnen können, wenn ihre gefährlichen Pläne Wirklichkeit werden. Anmaßen wie Franz-Josef ist, will er den Schlachtgetöse anstimmen, mit dem Franzosen und Engländer, Italiener und Spanier auf dem Altar der Interessen des deutschen Monopolkapitals geopfert werden sollen. Er schreckt nicht einmal davor zurück, den „Verbündeten“ Ratschläge zu erteilen. So solle Frankreich ruhig seine guten Beziehungen zur UdSSR aufrecht erhalten. Das könne ein Eindringen nur erleichtern. Sicher wird der Wahlerfolg der

Linken in Frankreich seine Blütenträume voll giftiger Hoffnungen rasch dahinwelken lassen haben. Strauß hat auch die weiteren Schritte seiner Konzeption bis ins einzelne festgelegt, und Kiesinger betet sie nach.

Strauß: „In den nächsten Jahren sollten wir uns vorerst auf den politischen Zusammenschluß der sechs konzentrieren. Gleichzeitig sollten Großbritannien und weitere europäische Staaten ermuntert werden, dem gemeinsamen Markt beizutreten.“

Während dieser Periode müßten ferner die Grundlagen für eine europäische nukleare Abschreckungsmacht gelegt werden, zunächst im Rahmen einer politischen Union der sechs, und schließlich durch Beteiligung des britischen Atompotentials.“ (a. a. O., S. 19)

Kiesinger: „Die bestehenden europäischen Gemeinschaften ... haben große Fortschritte erzielt. Die Gemeinschaft der sechs soll allen europäischen Staaten offenstehen, die sich zu ihren Zielen bekennen. Besonders würden wir eine Teilnahme Großbritanniens und anderer EFTA-Länder an den europäischen Gemeinschaften begrüßen.“ (a. a. O., S. 23). „Wir streben keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen und keinen nationalen Besitz zu schon Atompotentials.“ (a. a. O., S. 19)

Der Franz-Josef kann es eben nicht lassen. Keine Lüge ist ihm zu plump, keine Fälschung zu primitiv und keine Verdrehung zu absurd. Der deutsch-britische Publizist Sebastian Hafter sprach von den Abschreckungsposteln des Franz-Josef-Schlages als von Leuten, die an einer Krankheit litten, die er als „Russenkoller und Kommunistenkomplex“ definierte. Diese Krankheit hat Strauß und seine Panegyriker offenbar derartig ergriffen, daß sie an nichts anderes mehr denken können und der gesunde Menschenverstand in einem starken Zersetzungsprozeß eingetreten ist.

Das alles waren aber nur Vorgefachte. Strauß will erst Westeuropa einigen und, so gestärkt, den Sozialismus in Europa stufenweise beseitigen. Mittels der „flexiblen Ostpolitik“ soll aber bereits jetzt auf die DDR und die Volksdemokratien systematisch eingewirkt werden. Dabei winken Strauß und Kiesinger mit fetten Ködern, um zu erreichen, daß die volkdemokratischen Länder der bekannten Bonner Wiedervereinigungskonzeption zustimmen.

Kiesinger: „Im übrigen hoffen wir, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen durch die Entwicklung unserer geistigen und kulturellen Beziehungen beständig zu fördern und zu vertiefen, um so die Voraussetzungen für künftig erfolgreiche Gespräche und Verhandlungen zu schaffen. Es liegt uns daran, das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, die denselben Wunsch haben, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens zu verbessern und, wo immer dies nach den politischen Umständen möglich ist, auch diplomatische Beziehungen aufzunehmen.“ (a. a. O., S. 22)

Strauß: „Die Hallstein-Doktrin hat nützliche Dienste geleistet, aber sie ist nicht der Weltbeherrschender. Sie sollte daher ständig überprüft werden.“ „Wenn es wahrscheinlich wäre, daß die osteuropäischen Staaten ihre Haltung in der deutschen Frage ändern, wenn die Aussicht bestünde, daß sie der sowjetischen Drei- oder Zweistatentheorie ihre Unterstützung versagten; dann wäre der Augenblick für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gekommen.“ (a. a. O., S. 43) Der Westen sollte ökonomisch „nur solche Projekte unterstützen, die mehr der Auflockerung Europas als der wirtschaftlichen Stärkung der osteuropäischen Regierung dienen.“ (a. a. O., S. 42)

Das läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Verträge zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR und der CSSR und der DDR sind der beste Beweis dafür, daß unsere befreundeten Nachbarstaaten die Sophistik Kiesingers durchschaut haben und keineswegs auf die ihnen zugewiesene Rolle eingehen. Der Katzenjammer im bundesdeutschen Blätterwald kann sich wahrlich sehen lassen.

Vorhandene Befürchtungen der Westmächte, daß die Wiedervereinigungspolitik Bonn auf Kosten ihrer Interessen durchgesetzt werden soll, sollen dadurch vom Tisch gefegt werden, daß man ständig seine friedlichen Absichten betont und die deutsche Teilung als europäische Teilung ausgibt. Europa- und Wiedervereinigungskonzeption werden als enger Zusammenhang dargestellt.

Kiesinger: „Wir sind heute leichtfertigen Unruhstifter; denn wir wollen ja gerade den Unruheherd der deutschen Teilung, die auch eine europäische Spaltung ist, durch friedliche Verständigung beseitigen und unserem Volk seinen Frieden mit sich und mit der Welt wiedergeben.“ (a. a. O., S. 23)

Strauß: „Nur innerhalb einer ... umfassenden Befriedigung kann schließlich auch die Wiedervereinigung Deutschlands verwirklicht und die sich aus der deutschen Teilung ergebende latente Gefahr für den Weltfrieden beseitigt werden.“ (a. a. O., S. 8)

So genial die Kurzsichtigen ihren Franz-Josef Strauß halten - er ist es nicht. Das bezieht sich sowohl auf die Chancen seiner Phantome, auf ihren Inhalt und ihre Methoden. Der Kurs der CDU/CSU, die Ergebnisse der Niederlage des Faschismus im zweiten Weltkrieg zu korrigieren, wird deshalb nicht erfolgreicher sein, wenn man nur die Methoden seiner Durchsetzung, aber nicht ihn selbst ändert.

Das Gedankengut des streitsüchtigen Bajuwars beruht auf den Überlegungen westdeutscher Historiker, Soziologen, Publizisten und Politologen, die Elemente der Strauß-Konzeption bereits vor Jahren entwickelt haben. Schon 1955 schrieb Ludwig Dehio in seinem Buch „Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert“: „Wenn also schon Wiedervereinigung, so nur im Zuge erhoffter Zurückdrängung des Bolschewismus auf breiter Front, als Teilergebnis allgemeiner und solidarischer Befreiungsaktion.“ (München 1955, S. 146) Der Historiker Karl Dietrich Erdmann, dem 1965 die zweifelhafte Ehre zuteil wurde, anlässlich des 17. Juni die erleuchteten Herren des Bundestages mit einer Gedenkrede noch mehr zu erleuchten, betonte, daß Deutschland nur nach Europa hinein vereinigt werden könne und daß es in einem Europa souveräner Nationalstaaten keine Chance für die Bundesrepublik gäbe. Die europäische Einheit sei die Voraussetzung der deutschen Einheit. Auf die Einverleibung mit der DDR will der deutsche Imperialismus aus keinem Fall verzichten, und an diesem Punkt „überkommt den Recken Franz-Josef ein derartiges Zittern, daß er Machiavelli vergißt und seine Achillsehne sichtbar wird. Ständig verweist Strauß auf seine Hauptorgane: „Diese Europäisierung der deutschen Frage“ erfordert aber, daß die Forderung der Deutschen nach Wiedervereinigung ihres geteilten Landes von der westeuropäischen Gemeinschaft voll übernommen und vertreten wird.“ (a. a. O., S. 13). „Der legitime Wunsch der Deutschen nach Einheit im Rahmen einer gesamteuropäischen Wiedervereinigung muß ein nicht herausfordernder Teil der europäischen Politik werden.“ (a. a. O., S. 13)

„Ziel einer europäischen Politik kann nicht das Zusammenwirken von Ost- und Westeuropa in Freiheit sein, ohne daß sie sich damit nicht auch auf die Wiedervereinigung eines Volkes verpflichtet.“ (ebenda).

Diese europäische Politik glaubt Strauß nur durchsetzen zu können, wenn die Bundesrepublik genügend stark ist, wenn ihre Bevölkerung hinter der Regierung steht und wenn die Bevölkerung der DDR bereit ist, reumütig in das Lager des deutschen Imperialismus zurückzukehren. Das heißt, daß der Nationalismus - so absurd das vielleicht klingen mag - gefördert werden muß.

Es besteht sogar eine direkte Einheit zwischen nationalem Nihilismus, Chauvinismus und Europaideologie. Strauß ist deshalb bereit, sogar Maßnahmen und Ideen des faschistischen deutschen Staates zu akzeptieren. Er schreibt wörtlich: „Die deutsche Tagespolitik kann sich nicht ausschließlich auf Programme stützen, die nur einen Gegensatz zu allem darstellen sollen, was Hitler getan hat.“ (a. a. O., S. 151). Das versteht man gewöhnlich unter Neonazismus. Westdeutsche Ideologen haben ihren Ehrgeiz daran gesetzt, Leitbilder für die Lösung des Problems Nation und Europa auszuarbeiten und mit ihren Mitteln die Strauß-Konzeption zu unterstützen. Einer von ihnen ist der Heidelberger Historiker Werner Conze, der auf der Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, die vom 9. bis 11. Dezember 1966 in der Westberliner Kongreßhalle stattfand, mit Ideen hervortrat, wie einerseits das Geschichtsbewußtsein als wesentlicher Bestandteil eines Nationalbewußtseins beschaffen sein muß und wie andererseits die „flexible Ostpolitik“ durchgesetzt werden könne. Ihm kommt es vor allem darauf an, die Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Staat zu integrieren. Doch auch er ist durchschaut. Der großprophetische angekündigte Grand des Franz-Josef Strauß und seiner Hintermänner erweist sich bei näherem Hinsehen als ein schäbiges Schellen- und Narrenspiel, das auch mit Machiavelli als Spitzenwenzel nicht zu gewinnen ist. Sie werden nur noch tiefer in den Keller rutschen.

Nachdruck eines Artikels aus der Universitätszeitung der Leipziger Karl-Marx-Universität Nr. 14/71.